

Antragsbereich A / Antrag A1

AntragstellerInnen: Arbeitsgemeinschaft für Arbeit
Bayern

Empfänger: Kl. Landesparteitag

Bundesparteitag Bundestagsfraktion Landtagsfraktion
Die zuständigen sozialdemokratischen Bundesminister

A1: Stärkung des Öffentlichen Dienstes: Wir brauchen keinen Personalabbau, sondern massive Investitionen!

Wir fordern die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen, insbesondere die SPD-Vertreter in Bundes- und die Landesregierungen sowie in den kommunalen Verwaltungen, auf, massiv in die materielle und personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes zu investieren.

5

Die SPD-Vertreter*innen sollen bei Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst darauf hinwirken, dass die Arbeitsbedingungen massiv verbessert werden, um Personal zu halten und zu gewinnen und so die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Hand und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufrechterhalten zu können. Die Transformation der Wirtschaft, die Modernisierung der Infrastrukturen, der Abbau von Bürokratie, die gesellschaftliche gewünschte Daseinsvorsorge und moderne und gerechte Verwaltungen brauchen einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

10

15 Das muss sich auch in angemessenen Arbeitsbedingungen niederschlagen. Deshalb müssen die öffentlichen Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen zu Verhandlungsbeginn einen sinnvollen und konsensfähigen Vorschlag in die Verhandlungen einbringen, anstatt zunächst ihre Beschäftigten leeren Händen, Sparappellen und düsteren Perspektiven zu brüskieren.

20

Die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und im Bund haben darüber hinaus gesetzgeberisch und durch Verwaltungshandeln dafür Sorge tragen, dass der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle, was Attraktivität, Entgelt, Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen angeht, einnehmen. Das gilt ebenso für Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten, gerade in Zeiten der Transformation, Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz.

25

Zudem sind alle staatlichen Ebenen gefordert, eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des öffentlichen Dienstes zu eröffnen. Es kann nicht dabei
30 bleiben, diesen als notwendiges Übel oder als Last für Wirtschaft und Gesell-

schaft abzuqualifizieren.

Begründung

Der öffentliche Dienst steht in Anbetracht des demografischen Wandels
35 und des akuten Fachkräftemangels vor großen Herausforderungen: im
öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen sind aktuell ins-
gesamt über 300.000 Stellen unbesetzt. In Großstädten mit mehr als
500.000 Einwohnern waren im Herbst 2023 bis zu 30 Prozent der Stellen
nicht besetzt. In den nächsten zehn Jahren müssen, da viele Beschäftigte
40 altersbedingt ausscheiden, rund 1,4 Millionen Stellen neu besetzt werden.
Dieser voraussehbare Personalnotstand gefährdet die Handlungsfähigkeit
von Staat und Verwaltung.

Im Gegensatz zu anderen Ländern investiert Deutschland relativ wenig in
45 den Öffentlichen Dienst. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten erbringt der
deutsche öffentliche Dienst seine der Leistungen mit einem der geringsten
Beschäftigtenanteil an der Gesamtbeschäftigung. Die mehr als fünf Millio-
nen Beschäftigten haben den Staat allen Widrigkeiten zum Trotz während
der Pandemie funktionsfähig und am Laufen gehalten. Dies verdient nicht
50 nur unser aller Respekt, sondern auch eine Verbesserung der Arbeitsbedin-
gungen. Sie brauchen dringend Verstärkung. Ein derartiges Leistungsniveau
lässt sich aber angesichts der anstehenden Zukunftsaufgaben und des
demographischen Wandels ohne Investitionen in Ausstattung und vor allem
in qualifiziertes Personal nicht aufrechterhalten. Im Öffentlichen Dienst
55 knirscht es an allen Ecken und Enden. Ob in Kitas, Krankenhäusern, der Ver-
waltung oder bei den Stadtwerken: Personalmangel, Arbeitsverdichtung,
fehlende Investitionen oder schlecht durchgeführte Digitalisierungspro-
zesse führen dazu, dass der Druck auf die Beschäftigten steigt. Selbst für
Führungsposten wird es immer schwerer, Personal zu finden.

60 Dieser Fachkräftemangel schlägt sich nicht nur auf die Dienstleistungsqua-
lität nieder, sondern hemmt auch das Wachstum: Genehmigungsverfahren,
Digitalisierung oder Entwicklungsprogramme kommen nur schleppend
langsam voran und Zukunftsprojekte verzögern sich teilweise um Jahre.

65 Die sinkende Attraktivität der Arbeitsplätze und der Personalnotstand sind
das Ergebnis fiskalpolitischer Entscheidungen vergangener Jahre. Hier muss
gehandelt werden und eine bedarfsgerechte Finanzausstattung erfolgen.

70 Um unser Land zukunftsfähig bleibt – sei es Daseinsvorsorge, Digitali-
sierung, Energiewende oder Transformation – müssen die notwendigen
Modernisierungen dringend angepackt werden! Innovationen und Investi-
tionen dürften nicht länger aufgeschoben werden. Es brauche neue Trassen,

- um die Verkehrs- und Energiewende voranzubringen. Investiert werden
75 müsse ins Gesundheitssystem und in die Sicherheit. Daher braucht es
massive Investitionen in die Stärkung des öffentlichen Dienstes, um diese
Projekte voranzubringen. Die öffentliche Hand muss nachhaltiger finanziert
und personell besser ausgestattet werden. Spätestens seit Pandemiebeginn
80 ist der Öffentliche Dienst an seiner Belastungsgrenze angelangt, was sich
nicht nur in steigenden Mehrarbeitszeiten, sondern auch in zunehmenden
Wartezeiten für Privat- und Geschäftskunden manifestiert. Planungs- und
Genehmigungsverfahren dürfen keine langen Jahre mehr in Anspruch
nehmen und Zukunftsinvestitionen verhindern.
- 85 Auch auf der Einnahmenseite sind Investitionen in Personal unabdingbar.
Dem deutschen Staat entgehen beispielsweise alleine wegen Steuerhinter-
ziehung im Jahr geschätzt 125 Milliarden Euro an Einnahmen – Geld, das
dem Staat wegen zu wenig Personal verloren geht!
- 90 Ein Staat, der die Herausforderungen der Zukunft bewältigen soll, braucht
einen funktionsfähigen Öffentlichen Dienst. Er muss diesen entsprechend
finanziell ausgestattet sein und große Anstrengungen und Investitionen
tätigen, um mit attraktiven Arbeitsbedingungen neues Personal zu gewin-
nen. Daher muss sich die SPD für bessere und wettbewerbsfähige Entgelte,
95 aber auch für bessere Arbeitsbedingungen für eine höhere Attraktivität der
Arbeitsplätze einsetzen.